



BUKO
Pharma-Kampagne



An den Parlamentarischen Staatssekretär im
Bundesministerium für Gesundheit
Dr. Georg Kippels
Mauerstraße 29
10117 Berlin

(via Email)

Berlin, 27. April 2026

Aktuelle Verhandlungen über einen PABS-Mechanismus: Verbindliche Regeln zentral für eine wirksame Pandemiebekämpfung und globale Gerechtigkeit

Sehr geehrter Herr Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Kippels,

im Rahmen des Pandemievertrags der Weltgesundheitsorganisation (WHO) treten die Verhandlungen über den Mechanismus für den Zugang zu Krankheitserregern und entsprechenden Vorteilsausgleich (Pathogen and Access Benefit Sharing/PABS) in eine entscheidende Phase ein. Die geplante letzte Verhandlungsrunde beginnt heute. Wir, zivilgesellschaftliche Organisationen im Bereich der globalen Gesundheit, bitten Sie als Teil der Bundesregierung, **einen robusten, verbindlichen und gerechten PABS-Mechanismus zu unterstützen und die Position der Europäischen Union dahingehend zu beeinflussen.** Für einen wirkungsvollen PABS-Mechanismus muss der Zugang zu Krankheitserregern und Daten **konkret mit durchsetzbaren und transparenten Verpflichtungen zum Vorteilsausgleich verknüpft werden.**

Die Erfahrungen aus vergangenen Gesundheitskrisen wie Covid-19, Mpox und Ebola zeigen, wieso ein verbindlicher Mechanismus verankert werden muss. Während des Ebola-Ausbruchs in Westafrika von 2014 bis 2016 beispielsweise, stellten betroffene Ebola-Patient*innen und Gesundheitspersonal ihre Proben und Daten zur Verfügung, die die Entwicklung von Behandlungen ermöglichten. Doch als in den folgenden Jahren neue Ebola-Ausbrüche auftraten, hatten die Menschen in den betroffenen Ländern weiterhin Schwierigkeiten, ausreichenden und rechtzeitigen Zugang zu Behandlungen zu erhalten. Die Entscheidungen über Lagerbestände und Lieferungen wurden weitgehend von nationalen Sicherheitsinteressen oder kommerziellen Erwägungen der Hersteller bestimmt, nicht vom medizinischen Bedarf in den von Ebola-Ausbrüchen betroffenen Ländern. Es gab keine Verpflichtungen für Forschende und Pharmaunternehmen, die klinische Ebola-Proben verwendeten, einen bedarfsgerechten Zugang zu den daraus resultierenden Behandlungen zu gewährleisten. Dieses Beispiel ist kein Einzelfall und steht symbolisch für die Ungerechtigkeiten, die ohne

verbindliche Verpflichtungen entstehen. Es ist das vorhersehbare Ergebnis eines Systems, in dem **der Zugang zu Krankheitserregern und ihren genetischen Informationen nicht vertraglich an Verpflichtungen zur Aufteilung der Vorteile gebunden ist.**

Die bestehende Praxis der WHO zeigt bereits, dass es sowohl machbar als auch notwendig ist, den Austausch von Krankheitserregern und den daraus resultierenden Ergebnissen in verbindlichen Vereinbarungen zu verankern, wie das Rahmenwerk zur Influenza Pandemievorsorge (Pandemic Influenza Preparedness Framework) verdeutlicht. **Ein PABS-System, das schwächer ist als diese etablierten WHO-Standards, würde einen klaren Rückschritt für die globale Gesundheitspolitik und -gerechtigkeit darstellen.**

Wir sind daher alarmiert über Ansätze in den aktuellen PABS-Verhandlungen, die den Zugang zu PABS-Materialien und PABS-Sequenzinformationen von klaren, im Voraus festgelegten und durchsetzbaren Verpflichtungen zur Vorteilsaufteilung entkoppeln würden. Jedes Modell, das es Entwicklern von medizinischen Produkten erlaubt, auf multilateralen Zugang zu Krankheitserregern ohne rechtlich bindende Bedingungen zurückzugreifen, **wird genau jene Ungleichheiten zementieren, die der Pandemievertrag eigentlich beseitigen soll.**

Die Bundesregierung sollte ein PABS-System unterstützen, das ihre erklärten Ziele und Grundsätze einer gerechten globalen Gesundheitspolitik in konkrete und verbindliche Maßnahmen übersetzt. Diese müssen den Zugang zu medizinischen Produkten für alle sichern, die sie am dringendsten benötigen – unabhängig ihrer finanziellen Möglichkeiten.

Wir bitten Sie als Vertreter der Bundesregierung, **die EU-Position dahingehend zu beeinflussen, jedes Ergebnis abzulehnen, das den Zugang zu Krankheitserregern von einem verbindlichen Vorteilsausgleich trennt. Stattdessen sollte auf ein transparentes PABS-System hingearbeitet werden, das einen gerechten Zugang zu medizinischen Produkten durch vertraglich festgesetzte und durchsetzbare Verpflichtungen sicherstellt.** Nur so lassen sich die zentralen Prinzipien von Gerechtigkeit und Solidarität in der globalen Gesundheit realisieren.

Hierzu würden wir uns gerne mit Ihnen austauschen. Über einen Termin in den Kalenderwochen 19 und 20, noch vor der Weltgesundheitsversammlung, würden wir uns sehr freuen. Dieses Schreiben haben wir auch an Bärbel Kofler, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Florian Hahn, Staatsminister im Auswärtigen Amt sowie Thorsten Frei, Bundesminister für besondere Aufgaben im Bundeskanzleramt, mit der Bitte um Kenntnisnahme geschickt, sowie an die berichterstattenden Bundestagsabgeordneten für globale Gesundheit aller demokratischen Parteien.

Mit freundlichen Grüßen

Sylvia Urban, Vorstand, Aktionsbündnis gegen AIDS

Christian Katzer, Geschäftsführer, Ärzte ohne Grenzen

Dr. Dagmar Pruin, Präsidentin, Brot für die Welt

Ella Feldmann, Geschäftsführerin, BUKO Pharma-Kampagne

Bodo Ellmers, Geschäftsführer, Global Policy Forum Europe

Tsafrir Cohen, Geschäftsführer, Medico International